

PRESSEMAPPE

Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins



Blick ins Depot: Regale mit gerahmten Papierarbeiten, Stadtmuseum Berlin | Foto: Nadja Wehling

Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins

Ringstraße 66 | 12105 Berlin Mariendorf

www.stadtmuseum.de/archiv-der-sozialen-kuenstlerfoerderung



Inhalt

- Pressemitteilung Open House 3
- Übersicht Pressebilder 5
- Prozesse der Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins 13
- Chronik des Förderprogramms 14
- Der Bestand in Zahlen 16
- Interviews mit Künstler:innen 20
- Geschichte des Förderprogramms 1951-1979 21
- Zusammensetzung des Auswahlgremiums 1951-1979 30
- Beispiele digitalisierte Dokumentation 33

Beilage: Mitteilungen des Vereins der Freunde der Geschichte Berlins e. V., Heft 1/2926 mit einem Beitrag über die Anfänge des Förderprogramms

Pressekontakt:

Judith Kuhn

Tel. 030 – 24 002 215

presse@stadtmuseum.de

www.stadtmuseum.de

Pressemitteilung vom 21.05.2026

Open House: Einblicke in das Depot der Sozialen Künstlerförderung Berlins

Das Depot der Sozialen Künstlerförderung Berlins in Berlin-Mariendorf erzählt die Geschichte der Stadt aus der Perspektive eines in seinem Umfang einzigartigen Förderprogramms, das über Jahrzehnte hinweg künstlerische Arbeit in Berlin ermöglicht hat. Mit einem **Open House am 27. Juni** macht die **Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins** diesen bislang kaum sichtbaren Bestand nun erstmals umfassend öffentlich zugänglich.

Kunstförderung als Zeitgeschichte

Rund 15.000 Werke von über 2.000 Künstler:innen lagern im Depot in Mariendorf – Gemälde, Fotografien, Grafiken, Plastiken, Skulpturen und Installationen. Sie gehen zurück auf die Soziale Künstlerförderung, die 1951 in West-Berlin als Notstandsprogramm begann: Ziel war es, Künstler:innen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation zu unterstützen und zugleich Kunst in den Alltag der Stadt zu bringen. Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Programm immer wieder an gesellschaftliche und politische Veränderungen angepasst. Was zunächst auf West-Berlin beschränkt war, entwickelte sich nach 1990 bis ins Jahr 2003 zu einer gesamtstädtischen Förderung, die auch Künstler:innen aus dem Ostteil der Stadt einbezog. So spiegelt der Bestand nicht nur künstlerische Entwicklungen, sondern auch die Brüche und Transformationen der Stadtgeschichte.

Hoher Anteil weiblicher Perspektiven

Rund 40 % der erhaltenen Werke stammen von Künstlerinnen. In der Vergangenheit häufig strukturell benachteiligt, werden ihre Positionen seit einigen Jahren verstärkt neu betrachtet. Zu ihnen zählen unter anderem Dorothy Iannone, Evelyn Kuwertz, Ewa Partum, Andrea Pichl, Sarah Schumann sowie Monika Sieveking. Bereits früh wurde auch Hannah Höch gefördert, die anschließend mehrere Jahre in der Jury vertreten war, sowie andere bekannte Namen wie Georg Baselitz, Markus Lüpertz, Marwan oder Wolf Vostell.

Ein Bestand in Entwicklung

Die unselbständige **Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins** wurde im Jahr 2022 gemeinsam von der Stiftung Stadtmuseum Berlin und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales gegründet und erschließt den Bestand unter dem Dach der Stiftung Stadtmuseum Berlin. Das Projekt dient als Modell für zukünftige Herangehensweisen im Umgang mit umfangreichen und heterogenen Sammlungsbeständen. Derzeit werden ein Betriebs- und Standortkonzept entwickelt und die Kunstwerke konservatorisch gesichert und wissenschaftlich erfasst. Ergänzt wird der Bestand durch Archivalien wie Förderakten, historische Abbildungen und Inventarbücher. Bis 2027 soll die vollständige Erfassung und Bewertung abgeschlossen sein.

Sophie Plagemann, Künstlerische Direktorin Stadtmuseum Berlin: *„In Mariendorf entsteht ein Archiv der Kunst- und Sozialgeschichte Berlins. Vielfältige künstlerische Perspektiven zeigen unterschiedliche Berliner Wirklichkeiten über fünf Jahrzehnte voller Aufbrüche, Krisen und Neuanfänge.“*

Steffen Färber, Leiter der Abteilung Soziales, Landesamt für Gesundheit und Soziales: *„Der Bestand zeigt, dass Kulturförderung immer auch Sozialpolitik ist. Ihn zu sichern und zugänglich zu machen, ist deshalb nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe.“*

Beteiligung und Beirat

Die Auseinandersetzung mit dem Bestand erfolgt bewusst offen und multiperspektivisch. Ein fachlicher Beirat begleitet den Prozess ebenso wie Künstler:innen, Verbände, Fachleute sowie Akteur:innen aus Kulturpolitik und Stadtgesellschaft. Gemeinsam werden Kriterien für die zukünftige Entwicklung des Bestands erarbeitet. Der Beirat wird Empfehlungen zur Zusammensetzung des Stiftungsbestands sowie zum zukünftigen Umgang mit dem Gesamtbestand aussprechen.

Beiratsmitglieder sind: Gürsoy Doğtaş (Kunsthistoriker und freier Kurator), Steffen Färber (Leiter der Abteilung Soziales, Landesamt für Gesundheit und Soziales/Eigentümer der Kunstwerke), Thomas Florschuetz (Künstler, Mitglied der Akademie der Künste), Elke Kimmel (Stadthistorikerin), Thomas Köhler (Direktor der Berlinischen Galerie – Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur), Silvia Fehrmann (Leitung Berliner Künstlerprogramm des DAAD), Cornelia Renz (Künstlerin, Vorstandsmitglied Verein der Berliner Künstlerinnen 1867 e. V.), Dorothea Schöne (Künstlerische Leitung und Geschäftsführung Kunsthaus Dahlem), Ute Weiss Leder (Künstlerin, Mitglied des Berufsverbands Bildender Künstler*innen Berlin) sowie als Gast zwei Vertreterinnen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Katharina Martinelli (Restauratorin, Roeck Restaurierung) berät den Beirat in konservatorischen Fragen.

Einblicke beim Open House

Julia Rust von Krosigk, Projektleiterin Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins: *„Mit dem Open House öffnen wir nicht nur ein Depot, sondern einen Arbeitsprozess. Wir zeigen, dass der Bestand kein abgeschlossenes Kapitel ist, sondern ein dynamisches Projekt, das die Öffentlichkeit sucht. Uns interessiert, wie wir ihn heute lesen und auch für die Zukunft zugänglich machen können – gemeinsam mit Künstler:innen, Fachleuten und der Stadtgesellschaft.“*

Der Tag der offenen Tür bietet erstmals die Gelegenheit, die laufenden Prozesse vor Ort zu erleben. Besucher:innen können im Rahmen von Führungen das Depot erkunden und Einblicke in die Erschließung und Restaurierung gewinnen. Ergänzt wird das Programm durch Videointerviews mit Künstler:innen sowie Präsentationen ausgewählter Werke und Materialien. Das **Open House** lenkt den Blick auf einen bislang wenig bekannten, kulturhistorisch bedeutenden Bestand – und lädt zur Diskussion darüber ein, was eine Stadt fördert, bewahrt und erinnert.

Open House: Samstag | 27. Juni 2026 | 12 – 18 Uhr

Der Besuch ist ausschließlich nach vorheriger Anmeldung möglich unter:
www.stadtmuseum.de/open-house

Mehr zum Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins unter:
www.stadtmuseum.de/archiv-der-sozialen-kuenstlerfoerderung

Pressebilder

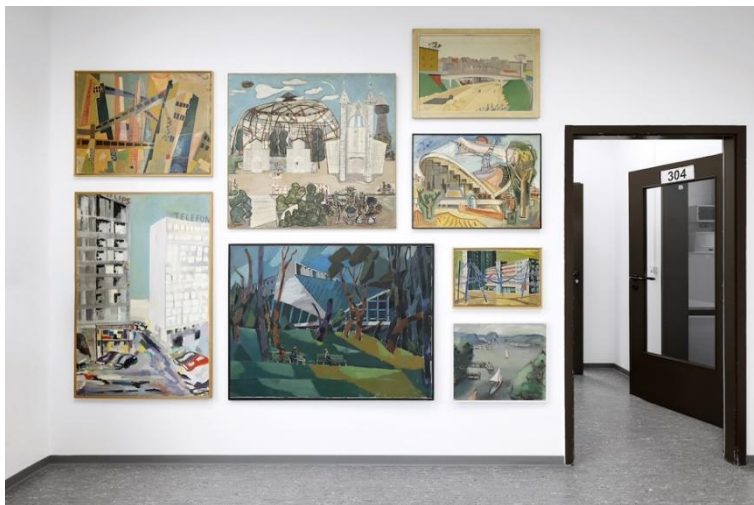
Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins

Copyrightgebühren entfallen nur bei aktueller Berichterstattung über das Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins.

Bildnachweise bitte unbedingt bei jeder Veröffentlichung mit angeben.

+++ Download unter www.stadtmuseum.de/pm/open-house +++

Übersicht und Bildnachweise:



SASK_01.jpg

Eine Auswahl von Gemälden der 1950er Jahre dokumentieren den Wiederaufbau der Stadt, Stadtmuseum Berlin | Foto: Nadja Wehling
o.v.l.n.r. Kurt Bartel, *Gaskokerei Mariendorf*, 1955; Rudi Mauke, *Gewächshäuser im Botanischen Garten*, 1956; Georg Frietzsche, *Schnellstraße*, 1957, Wilhelm Thielbeer, *Kongreßhalle*, 1957; u.v.l.n.r. Ute Köhler, *Umgebung Bahnhof Zoo*, 1959; Erich Philipp, *Kirche am Lietzensee*, 1959; William Ninnemann, *Hochhaus Bundesallee*, 1954; Erna Westphal, *Stößchensee*, 1956



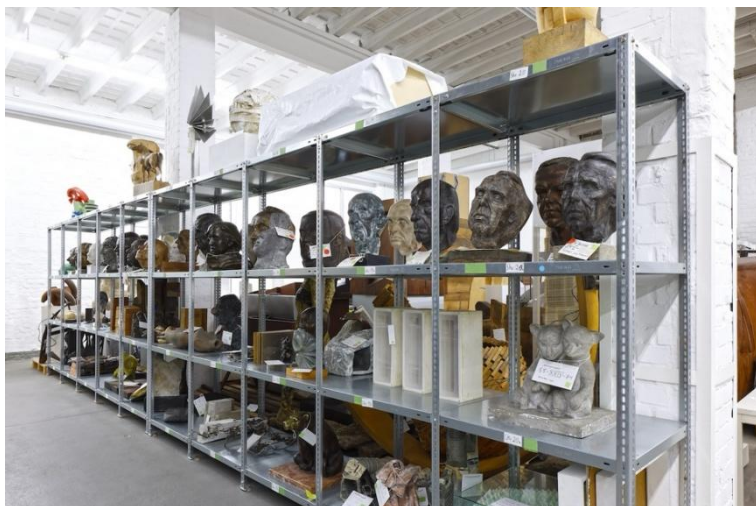
SASK_02.jpg

Blick ins Depot der Sozialen Künstlerförderung Berlins
Stadtmuseum Berlin | Foto: Nadja Wehling



SASK_03.jpg

Blick ins Depot der Sozialen Künstlerförderung Berlins: Regale mit gerahmten Pa-
pierarbeiten
Stadtmuseum Berlin | Foto: Nadja Wehling



SASK_04.jpg

Blick ins Depot der Sozialen Künstlerförderung Berlins: Skulpturenregal
Stadtmuseum Berlin | Foto: Nadja Wehling



SASK_05.jpg

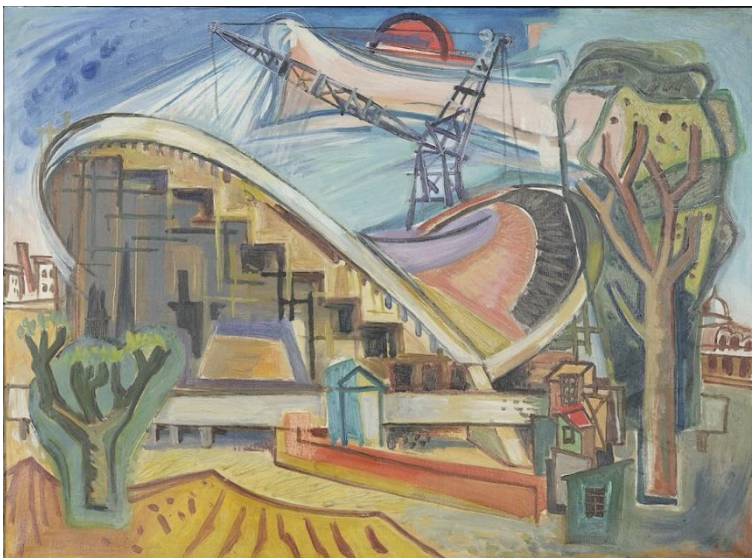
Hans Laabs (1915-2004)
Großer Zoobunker, 1951
Öl auf Leinwand, 55 x 78 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins
© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



Bundesarchiv, Bild 146-1982-028-14
Foto: Hoffmann, Otto | 1946

SASK_06.jpg

Nachkriegsruine des Zoobunkers in Berlin-Tiergarten, nach 1947
Bundesarchiv, Bild 146-1982-028-14 | Foto: Otto Hoffmann, CC-BY-SA 3.0



SASK_07.jpg

Wilhelm Thielbeer (1908-?)
Kongreßhalle, 1957
Öl auf Leinwand, 56,5 x 76,7 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins | Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_08.jpg

Monika Sieveking (*1944)

Zwei Frauen aus der Serie *Arbeitslosigkeit*, 1976

Handzeichnung, 58,5 x 80,5 cm

Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins

© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_09.jpg

Sarah Schumann (1933-2019)

Ohne Titel III, 1977

Collage, 49,00 x 60,90 cm

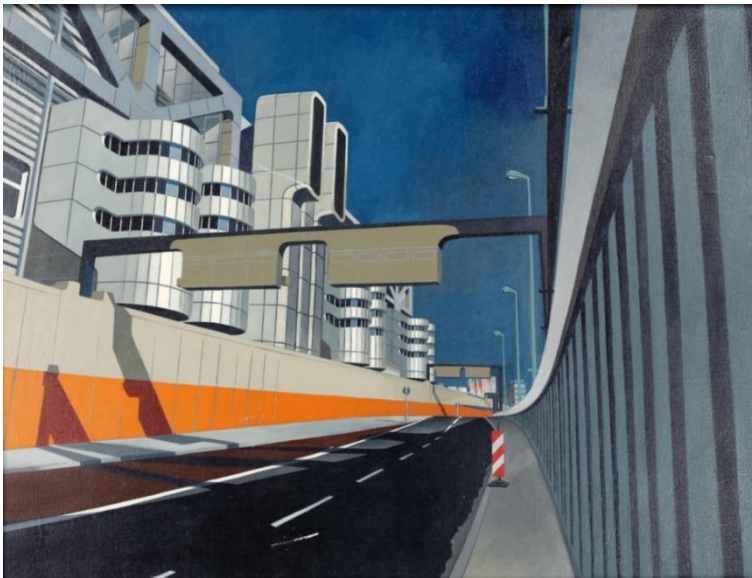
Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins

© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_10.jpg

Dorothy Iannone (1933-2019)
Berliner Winterlandschaft V, 1981
Gouache, 70 x 50 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung
Berlins
Courtesy The Estate of Dorothy Iannone |
Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_11.jpg

Helmut Verch (1923-2002)
ICC (von der Autobahn her), 1981
Öl auf Leinwand, 93,50 x 127 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins
© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



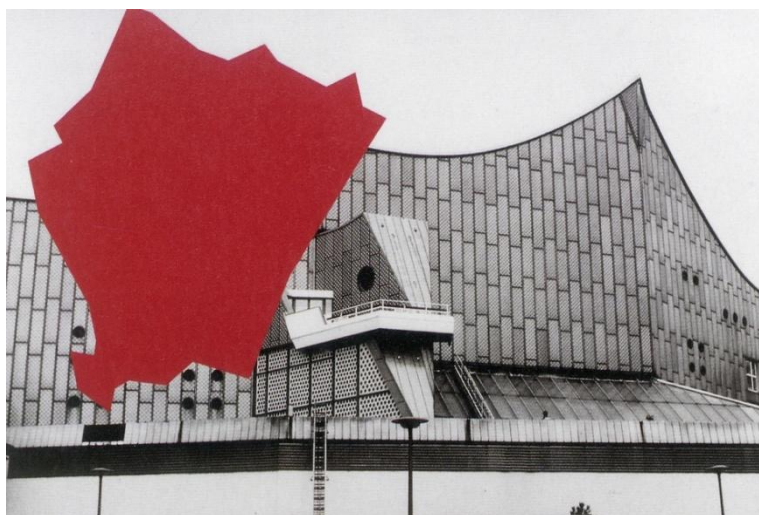
SASK_12.jpg

Evelyn Kuwertz (*1955)
Mädchen auf der Treppe, 1982
Tempera auf Karton, 97 x 69 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung
Berlins
© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmu-
seum Berlin



SASK_13.jpg

Gernot Bubenik (*1942)
Stadtbild '89, 1991
Öl auf Leinwand, 100 x 125 cm
Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins
© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_14.jpg

Susanne Mahlmeister (1952-2000)

Hommage à Scharoun (Philharmonie), 1992

Siebdruck auf Foto, 90 x 129,5 cm

Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins

© VG Bild-Kunst, Bonn | Foto: Stadtmuseum Berlin



SASK_15.jpg

Hans-Martin Sewcz (*1958)

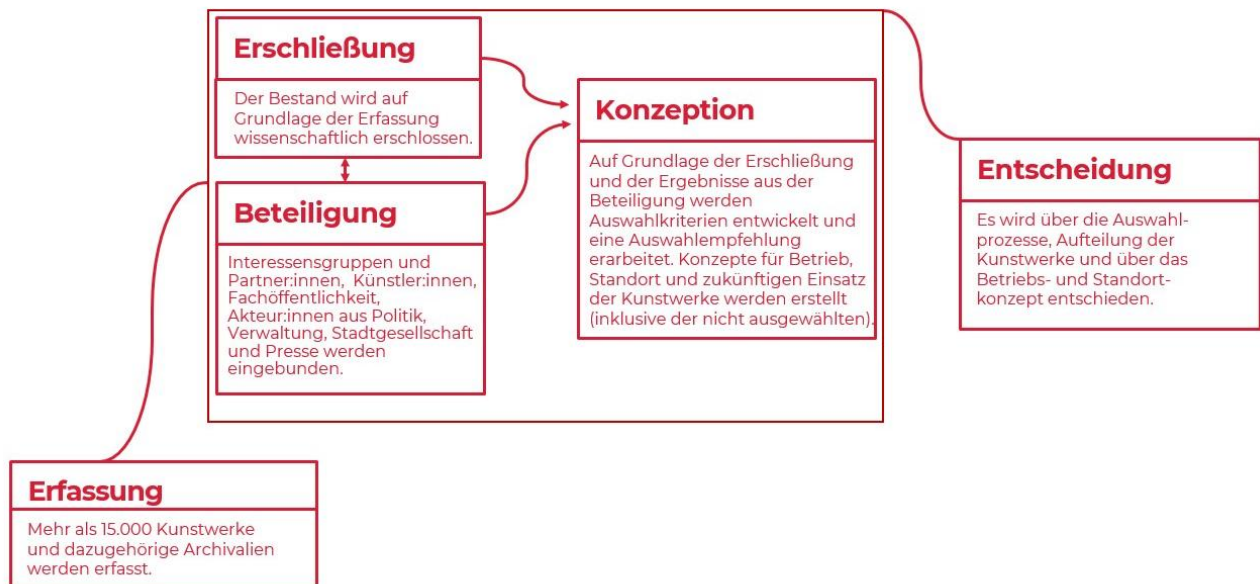
Berlin #3, 2003

C-Print auf Alu-Dibond, 61 x 90 cm

Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins

Courtesy der Künstler | Foto: Stadtmuseum Berlin

Prozesse der Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins in der Entwicklungsphase



Chronik des Förderprogramms

1949–1950	Feststellung des besonderen Notstands der Berliner Künstler:innen und Ausarbeitung eines Hilfsfonds durch den Magistrat von Gross-Berlin
März 1950	Der Bundestag erklärt West-Berlin zum Notstandsgebiet
November 1950	Der Künstlernoteinsatz beginnt – für die Sparten Theater, Artistik und Musik
Februar 1951	Erste Aufträge an Künstler:innen durch das Notstandsprogramm für bildende Künstler durch den Senator für Wirtschaft und Kreditwesen und den Senator für Volksbildung; gefördert werden Malerei, Bildhauerei, Grafik und Kunstgewerbe
Ab 1959	Der Senat betreibt die Galerie in den Hilton-Kolonnaden (Tiergarten), um Werke von Künstler:innen aus dem Notstandsprogramm auszustellen
1962	Die Förderung von Kunstgewerbe mit Ausnahme von Vasen und Aschenbechern wird eingestellt
Januar 1972	Die Zuständigkeit für das Programm wechselt vom Bereich Wirtschaft in den Bereich Soziales, gleichzeitige Umbenennung in Soziale Künstlerförderung Berlins
Juli 1984	Eine „Bildersuchaktion“ wird aufgesetzt, um Klarheit über die Anzahl der Werke im aktiven Bestand zu erlangen
1988	Winfried A. Langschied wird neuer Referatsleiter und eine prägende Figur der Förderung bis zum Jahr 2000
1988	Fotografie wird als neue Gattung gefördert
1990	Einrichtung des Sonderprogramms für Künstler in wirtschaftlicher Not (Ost-Berlin), Verdoppelung der Fördersumme
1994–2000	Auf Auktionen zur Unterstützung von Künstler:innen werden 2.544 Werke des Bestands veräußert
1999	Einführung einer Partnerschaft des Landesamts für Gesundheit und Soziales mit der Investitionsbank Berlin (IBB)
2003	Letzte Förderrunde und Rückübergabe der Betreuung von der IBB an das Landesamt für Gesundheit und Soziales
2004	Offizielles Ende des Förderprogramms

STADTMUSEUM BERLIN



- 2014 Umzug des Depots von der Gustav-Meyer-Allee 25 in Berlin-Wedding in die Ringstr. 66 in Berlin-Mariendorf
- 2022 Gründung der Unselbständigen Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins unter dem Dach der Stiftung Stadtmuseum Berlin
- Herbst 2023 Arbeitsbeginn des Projektteams der Unselbständigen Stiftung Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins

Der Bestand in Zahlen

Der Bestand der Sozialen Künstlerförderung Berlins umfasst rund **15.000 Werke von 2.000 Künstler:innen** sowie zugehörige Dokumentation.

Zwischen Juni 2024 und April 2026 wurden die Gemälde, Objekte, Fotografien, gerahmten Grafiken und ein Teil der ungerahmten Grafiken im Bestand erfasst. Seit Mai 2026 bis August 2026 werden die verbleibenden ungerahmten Grafiken erfasst. Damit wird die Erfassung der Kunstwerke abgeschlossen sein. **Aktuell sind 75 % der Kunstwerke im Bestand erfasst.**

Die **Erfassung der Kunstwerke** beinhaltet:

- das Erstellen einer digitalen Abbildung
- die Überprüfung der bisherigen Datenerfassung (wie Standort, Inventarnummer, Titel, Entstehungsjahr, Material, Technik)
- die Ergänzung der bisherigen Datenerfassung (um z. B. Maße, Zustand)
- die Verräumung und Lagerung der Werke sowie ihre konservatorische Grundversorgung

Ebenfalls wurden bis April 2026 die **biografischen Daten** von über 2.000 geförderten Künstler:innen nach einer einheitlichen Schreibweise erfasst. Darüber hinaus wird ein Teil der vorhandenen Dokumentation digitalisiert.

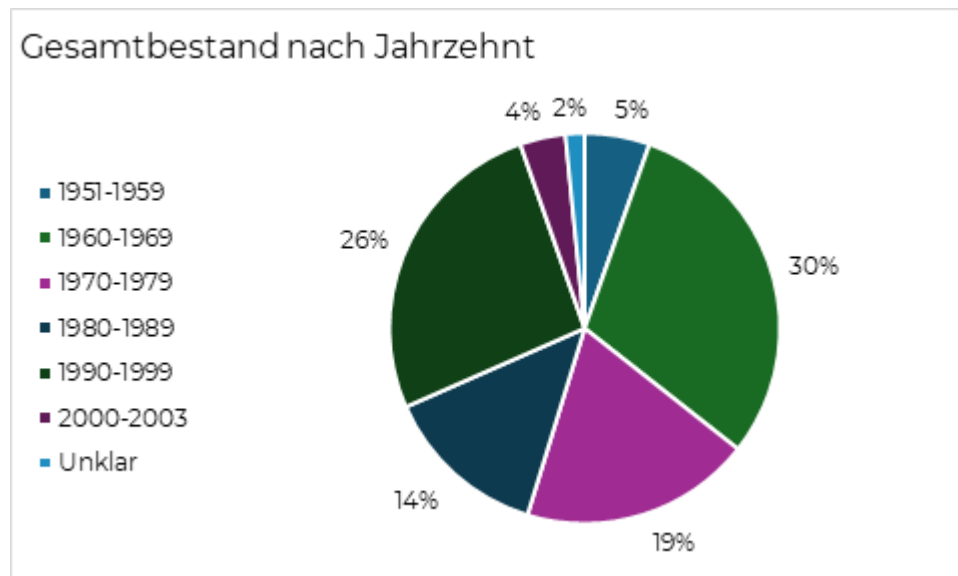
Die bisherige **Digitalisierung der Kunstwerke und der Dokumentation** beinhaltet:

- Papierarbeiten: 9.614 ungerahmte Papierarbeiten
- Fotografien: entrahmte Fotografien (236 Datensätze bzw. 855 Einzelblätter)
- Inventarbücher: 14 Bücher von 1951 bis 2003. Derzeit erfolgt eine KI-basierte Transkription der handschriftlichen Bücher, sodass daraus eine Künstler:innen- und Werkliste aller einst geförderten Werke generiert werden kann und gleichzeitig eine KI im Auslesen von Handschriften trainiert wird
- Karteikarten: 2.639 Karteikarten zu den geförderten Künstler:innen
- Kataloge: 14 Ausstellungskataloge der Künstlerförderung
- In Planung: Digitalisierung der vorhandenen Leihverträge

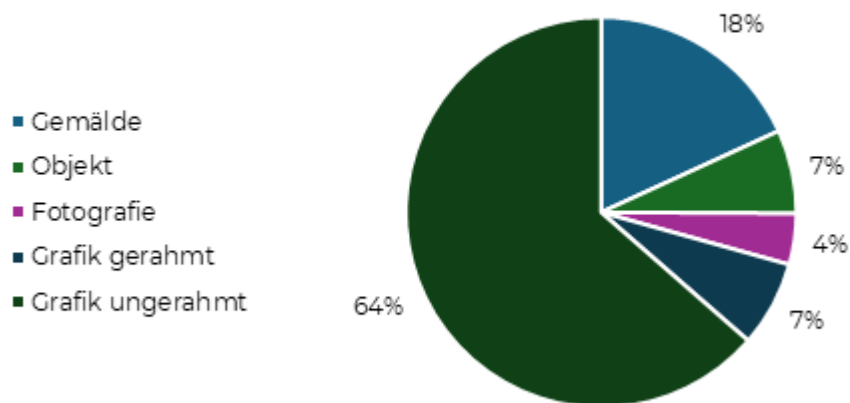
Kunstwerke im Bestand

Jahrzehnte	Gemälde	Objekt	Fotografie	Grafik gerahmt	Grafik ungerahmt	Gesamt
1951-1959	173	12	0	3	614	802
1960-1969	434	36	42	121	3866	4499
1970-1979	342	77	0	103	2327	2849
1980-1989	444	116	40	118	1318	2036
1990-1999	1133	615	390	595	1172	3905
2000-2003	135	137	142	108	39	561
Unklar	43	39	13	10	131	236
Gesamt	2704	1032	627	1058	9467	14888
Erfasst	2704	2032	627	1058	4669	11090
in %	100 %	100 %	100 %	100 %	50,68 %	74,49 %
Digitalisiert	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

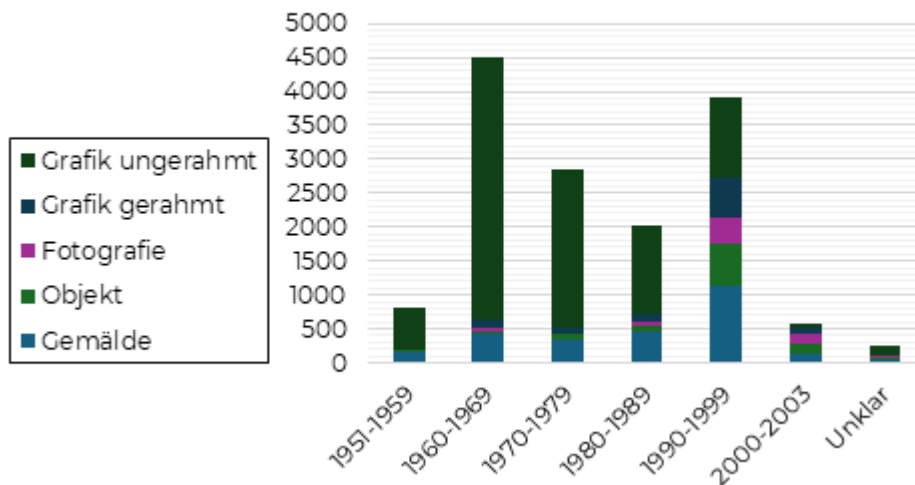
Stand: 29.5.2026



Gesamtbestand nach Gattung



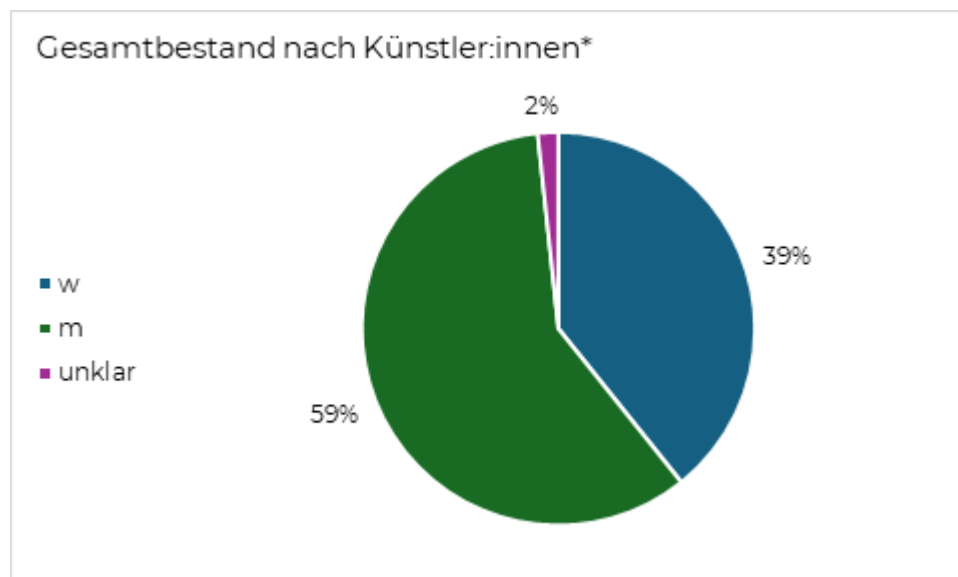
Gesamtbestand nach Mengen



Künstler:innen im Bestand

BESTAND	Künstler:innen	w	m	unklar	w in %	m in %	u in %
1951-1959	270	77	193		28,52	71,48	
1960-1969	302	91	211		30,13	69,87	
1970-1979	204	85	119		41,76	58,33	
1980-1989	342	125	217		38,58	66,98	
1990-1999	734	340	394		46,32	53,68	
2000-2003	124	71	53		57,26	42,74	
unklar	34						
Summe	2010	789	1187	34	39,25	59,05	1,69

Stand: 26.5.2026



*Aufgrund fehlender Forschungsergebnisse können wir Künstler:innen zurzeit nur binär abbilden. Als unklar fließen Namen in die Aufstellung ein, die keinem Jahrzehnt zugewiesen können und/oder bei denen Namen und/oder Vornamen fehlen.

Interviews mit Künstler:innen

Im Rahmen der Erschließung werden Video-Interviews mit geförderten Künstler:innen geführt. Die Auswahl erfolgt mit dem Ziel, die Vielfalt der Geförderten abzubilden und unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen. Dabei wird unter anderem auf ein ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern sowie von Künstler:innen mit ost- und westdeutscher Biografie geachtet. Ein Schwerpunkt liegt zunächst auf älteren Förderjahrgängen. Die Interviewreihe wird kontinuierlich fortgeführt und sukzessive ergänzt.

Die Interviews geben wertvolle Einblicke in die Perspektive der Künstler:innen auf die Förderung in ihrer jeweiligen Zeit. Sie dokumentieren persönliche Erfahrungen, Arbeitsbedingungen und die Bedeutung der Sozialen Künstlerförderung für die künstlerische Praxis. Damit ergänzen sie die schriftlichen Überlieferungen um individuelle Erinnerungen und zeitgeschichtliche Kontexte. Die Video-Interviews sollen langfristig digital zugänglich gemacht werden und stellen einen wichtigen Bestandteil der künftigen Überlieferung des Archivs dar.

Bisher wurden interviewt:

1. Micha Brendel (*1959 in Weida)
2. Judith Brunner (*1955 in München)
3. Klaus Duschat (*1955 in Venterdorp)
4. Hans-Hendrik Grimmling (*1947 in Zwenkau bei Leipzig)
5. Sabine Herrmann (*1961 in Meißen)
6. Klaus Killisch (*1959 in Wurzen)
7. Birgit Kleber (*1956 in Hannover)
8. Evelyn Kuwertz (*1955 in Bad Aussee (Österreich))
9. Elke Lixfeld (*1942 in Königsberg)
10. Jakob Mattner (*1946 in Lübeck)
11. Ewa Partum (*1945 in Grodzisk Mazowiecki (Polen))
12. Andrea Pichl (*1964 in Haldersleben)
13. Karin Pott (*1945 in Berlin)
14. Jutta Ravenna (*1960 in Düsseldorf)
15. Martin Riches (*1942 in Isle of Wight (Vereinigtes Königreich))
16. Ursula Sax (*1935 in Backnang)
17. Semjon H.N. Semjon (*1962 in Wiesbaden)
18. Hans-Martin Sewcz (*1958 in Halle/Saale)
19. Monika Sieveking (*1944 in Potsdam)
20. Klaus Storde (*1947 in Gera-Langenberg)
21. Matten Vogel (*1965 in Hannover)
22. Gisela Weimann (*1943 in Bad Blankenburg)
23. Sibylla Weisweiler (*1962 in Köln)

Geschichte des Förderprogramms 1951-1979

1951 bis 1959

Genese des Programms

Die Entstehung der Sozialen Künstlerförderung Berlins ist eng mit der Geschichte West-Berlins verbunden und fällt zeitlich in die ersten Wochen, in denen West-Berlin als eigenständige Stadt von einem neu gewählten Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter (1889–1953, SPD) und dem im Januar konstituierten Abgeordnetenhaus regiert wurde: Am 03.02.1951 nahm die Künstlerförderung als „Notstandsprogramm für Bildende Künstler“ ihre Arbeit auf.¹

Adolf Jannasch (1898–1984), damaliger Leiter des Amtes für Bildende Kunst und Museen beim Magistrat von Berlin, betonte 1949 die besondere Notlage der Künstler:innen, die fast nur Aufträge im Osten erhielten, mit den verdienten Ostmark aber das Leben in den Westsektoren nicht unterhalten konnten. Zur Verbesserung der Situation schlug er eine Garantie für ein Umtauschverhältnis von eins zu eins für die Honorare der Künstler:innen analog zu den Gehältern von Westbeschäftigten, die Gründung eines „Hilfsfonds zur Erteilung von produktiven Aufträgen“ und die „Einrichtung einer Arbeitsvermittlungsstelle für die künstlerischen Tätigen“ vor.²

Die wirtschaftliche und soziale Lage in West-Berlin unterschied sich von jener des Bundesgebiets deutlich. Nicht nur wurden zahlreiche Wohn-, Geschäfts- und Industriegebäude im Zweiten Weltkrieg zerstört, darüber hinaus erschwerten die politischen Auseinandersetzungen um die Viersektorenstadt und die Berlin-Blockade den Wiederaufbau. Abhilfe versprach die Einbeziehung West-Berlins in das Marshallplan-Programm. In den 1950er Jahren verbesserte sich die Situation zumindest für die jüngeren Arbeitssuchenden, während sie für ältere Arbeitslose, ungelernte und (alleinerziehende) Frauen problematisch blieb.

1951 wurden die ersten Aufträge durch das Notstandsprogramm für Bildende Künstler vergeben, nachdem bereits Ende 1950 die Förderung des Notstandsprogramms für Darstellende Künste begonnen hatte.

Wiederaufbau als Bildmotiv

Die Art der Finanzierung bildete die Grundlage für eine Besonderheit des Förderprogramms: Da die Finanzierung aus Mitteln für den Wiederaufbau generiert wurde, sollten die Aufträge diesen dokumentieren. Im Vorfeld der Förderung erstellte

¹ Vgl. die der Pressemappe beigelegte Veröffentlichung von Jenny Dirksen: Kunst und Lebensunterhalt: Entstehung und Ablauf des „Notstandsprogramms für bildende Künstler“ im West-Berlin der fünfziger und sechziger Jahre, in: Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins, Heft 01/2026 für eine ausführliche Darstellung zur Genese und frühen Geschichte des Förderprogramms.

² Schreiben „Vorschläge zur Besserung der Lage der freischaffenden Künstler“ von Adolf Jannasch, Abteilung für Volksbildung, Hauptamt Kunst und Literatur des Magistrats von Groß-Berlin, Amt Bildende Kunst und Museen, am 29.3.1949, in: Landesarchiv Berlin, LAB B Rep 007, Nr. 87.

das Amt für Bau- und Wohnungswesen Listen, die nach Wohnungsbau, Grünanlagen, Enttrümmerung, Sozialbauten, Sportanlagen, Soziales Jugendwerk, Verkehr und Betriebe, Forste, Straßen und Brücken und Industrie unterschieden. Aus diesen Listen wurden die Bildmotive für einen Großteil der geförderten Werke ausgewählt. Der gestalterische Freiraum bei der Umsetzung des Motivs ging allerdings in vielen Fällen über eine reine Dokumentation des Wiederaufbaus hinaus.

Ablauf der Förderung

Im Rahmen der Förderung wurden erwerbslose Künstler:innen für ihre Werke entlohnt. Umfang, Material, Technik, Motiv und Fertigstellungsdatum wurden vorab vereinbart. Die Bewirtschaftung der Mittel lief über den Senator für Wirtschaft und Kreditwesen, Paul Hertz (1888–1961, SPD). Zusammen mit dem Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter war er eine der prägenden Figuren im ersten West-Berliner Kabinett. Die federführende Bearbeitung des Künstlernoteinsatzes erledigte sein Geschäftsbereich in Verbindung mit dem des Senators für Volksbildung, Joachim Tiburtius (1889–1967, CDU). Mit Unterstützung der Bezirksämter wurden zuvor die Daten der arbeitslos gemeldeten Künstler:innen erhoben, die aufgefordert wurden, Originalwerke einer Jury vorzulegen, die über die Förderung entschied.

Fördermaßstäbe

Ziel des Notstandsprogramms war es, möglichst erwerbslose Künstler:innen in vorübergehende Beschäftigung zu bringen, wobei „eine Spitzenleistung nicht gefordert“ und „ein vertretbares Maß nicht unterschritten werden“ dürfe. Es solle „keinesfalls nur eine Auswahl der Spitzenkräfte stattfinden. Die Einhaltung einer unteren Leistungsgrenze ist jedoch unbedingt erforderlich. Diese untere Leistungsgrenze sollte jedoch nicht vom Berliner Weltstadtniveau diktiert werden.“³

Beauftragung und Entlohnung

Die offiziellen Aufträge an die Künstler:innen gingen vom Senator für Volksbildung an das Hauptpersonalamt und wurden durch den Senator für Wirtschaft und Kreditwesen genehmigt. Um die Förderung zu erhalten, mussten die Künstler:innen einen Nachweis ihrer künstlerischen Tätigkeit erbringen und Unterlagen der entsprechenden Behörde über ihre Arbeitslosmeldung in der entsprechenden Branche nachweisen. Die Entlohnung erfolgte monatlich, anfangs mit einer Dauer von zwei Monaten pro Auftrag (und 70 Aufträgen pro zweimonatigem Zyklus). Der Regelsatz lag in der ersten Förderrunde bei 260 DM und entsprach somit einem durchschnittlichen Bruttolohn der Zeit. Auch ein Materialgeld von anfangs bis zu 50 DM wurde ausgezahlt.

Geförderte Kunstwerke und ihre Nutzung

Die so beauftragten und entstandenen Werke gingen in das Eigentum des Landes Berlin über, das sie sogleich zur Ausstattung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Behörden und Ämtern einsetzte. In den 1950er Jahren wurden darüber hinaus auch Projekte am Bau und im öffentlichen Raum realisiert. Neben Grafik, Malerei und Skulptur wurde auch Kunstgewerbe in Auftrag gegeben.

³ Förderziele und Aufstellung der Kommissionen, 1950, Landesarchiv Berlin, LAB B Rep 014, Nr. 1375 und Protokoll einer Sitzung am 25.10.1951 über die zukünftige Gestaltung des Künstlernoteinsatzes, Landesarchiv Berlin, LAB B Rep 014 Nr. 3143.

Derartige Aufträge reichten von Gegenständen für den persönlichen Gebrauch bis zur Beschilderung von Amtsgebäuden.

Weitere Entwicklung der Förderung bis 1959

Das Notstandsprogramm war zunächst für einen kurzen Zeitraum angelegt, wurde dann aber über ein Jahr hinaus verlängert und schließlich institutionalisiert. Zum Programm gehörten auch Ausstellungen der geförderten künstlerischen Arbeiten. So fand im Oktober 1951 eine Ausstellung in zwei Hallen des Messegeländes statt. Am 01.09.1955 wurde der Künstlernoteinsatz, so die allgemeine Bezeichnung für die Förderung aller Sparten, in „Berliner Künstlerhilfe“ umbenannt. Die Sektion Bildende Kunst hieß weiterhin Notstandsprogramm für Bildende Künstler. 1959 begann eine Überprüfung des Bestands durch den Hauptwirtschaftler, d.h. den Senator für Wirtschaft, die erst in den 1960er Jahren beendet wurde.

Der Senator für Volksbildung formuliert im Jahresbericht für 1951 zwei Leitgedanken für die Kulturbehörde: Es gehe darum „die Geltung Berlins als der wirklichen Hauptstadt Deutschlands auf allen Gebieten der Erziehung, Kunst und Wissenschaft zu fördern und als Leuchtturm wahrer Menschlichkeit zu den Bewohnern der das freie West-Berlin rings umgebenden Zone der Unfreiheit hinauszustrahlen.“⁴ Dem Programm kann also für diese Zeit eine doppelte Funktion zugeschrieben werden. Es trägt sowohl als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme als auch mit seinen Wiederaufbau-Motiven, die West-Berlins öffentliche Einrichtungen und seinen öffentlichen Raum schmückten, dazu bei, West-Berlins Sonderstatus als „Insel der Freiheit“ im Bewusstsein seiner Bürger:innen zu verankern.

Außerdem half es, den wirtschaftlichen Aufschwung West-Berlins glaubhaft zu machen. Während die Künstler:innen die Förderung in Anspruch nahmen, konnten sie zudem – ebenso wie zahlreiche weitere prekär beschäftigte Zeitarbeiter:innen im Notstandsprogramm – aus der Zählung als Erwerbslose herausgenommen werden, sodass trotz der Förderung durch öffentliche Mittel der wirtschaftliche Aufschwung konstatiert werden konnte. Für die geförderten Künstler:innen hingegen bedeutete die Förderung eine Möglichkeit, sich durch Ausübung ihres Berufs finanzieren zu können.

Diese Art der Kompensation eines Mangels an privaten Aufträgen durch die öffentliche Hand sollte die Soziale Künstlerförderung während ihres 53-jährigen Bestehens prägen.

Zahlen zum Förderzeitraum 1951–1959

Von 1951 bis 1959 wurden 8.263 Werke gefördert, von denen sich heute noch 807 (9,77 %) im Depot der Sozialen Künstlerförderung befinden.

Davon sind 620 Werke Papierarbeiten (76,8 %), gefolgt von 174 Gemälden (21,6 %) und 13 Objekten (1,6 %). Fotografien wurden erst in späteren Jahrzehnten gefördert.

Die bei der Erfassung häufigsten vergebenen Schlagworte sind für die Werke aus den 1950er Jahren „Historisches Bauwerk“ (54 %), „Landschaft“ (51 %), „Natur“ (42 %), sowie „Mensch“ (28 %) und „Mobilität“ (23 %). Über 95 % weisen gegenständliche Darstellungen auf. Das ist insbesondere auf die Weisung zurückzuführen, nach der der Wiederaufbau Berlins anhand von Motivlisten dokumentiert werden sollte.

⁴ Jahresbericht des Senators für Volksbildung 1951, in Landesarchiv Berlin, LAB B Rep 007, Nr. 87.

Aktuell sind 379 Künstler:innen über die Datenbank erfasst, die zwischen 1951 und 1959 über das Notstandsprogramm gefördert wurden. Charakteristisch für die Soziale Künstlerförderung ist eine hohe Anzahl von geförderten Künstlerinnen. Für die 1950er Jahre stehen 75 Künstler:innen 188 Künstlern gegenüber, das entspricht einem Künstlerinnenanteil von 29 %. Gefördert wurden Jeane Flieser, Berthold Haag, Hannah Höch, Hans Laabs, Rudi Mauke, Moritz Melzer, Gerda Rotermund, Christian Röckenschuss, Rolf Szymanski und viele weitere.

1960 bis 1969

Soweit bisher bekannt, sollten die historischen Entwicklungen der 1960er Jahre das Notstandsprogramm für Bildende Künstler allenfalls auf der Ebene der Bildmotive berühren, bezüglich der 68er-Bewegung sicherlich auch hinsichtlich der geförderten Künstler:innen. Statt sich mit aktuellem Zeitgeschehen zu beschäftigen, wagte das Förderprogramm einen ersten Blick zurück und stellte 1960 unter dem Titel „10 Jahre Künstlerhilfe“ im Rathaus Schöneberg aus. Zeitgleich erschien ein Jubiläumsheft des Senats, in dem die Notwendigkeit durch die Insellage West-Berlins und die fehlende Anbindung an die westdeutschen Bühnen und im Schmuck zahlreicher öffentlicher Gebäude begründet wurde. Das Notstandsprogramm für Bildende Künstler im Besonderen wurde von der in der Senatsverwaltung für Volksbildung zuständigen Käte Gläser als Erfolg gefeiert. Sie thematisierte das Spannungsfeld zwischen freier Kunst auf der einen und thematischer Vorgabe auf der anderen Seite. Gläser klammert die Frage nach dem Stellenwert, den die Arbeiten für die Künstler:innen und ihr Werk haben, an dieser Stelle aus. Ebenfalls deutlich wurde hier das Spannungsfeld von Gegenständlichkeit und Abstraktion, das in der thematischen Vorgabe eingeschrieben war. Auch Themenvorschläge der Künstler:innen hätten über die Jahre hinweg mit einbezogen werden können.⁵

Es tauchten hier Motive erneut auf, die das Förderprogramm von Beginn an begleiteten: Die Abgrenzung von den „Meisterwerken“ der Kunst, aber stattdessen die Betonung einer in die Breite gerichteten Förderung, die eine Basis für eine Gesellschaft schaffen sollte, in der Kunst fest verankert war.

Anpassung der Förderbedingungen

Nach einer umfassenden Inventur und dem Verfassen eines Tätigkeitsberichts wurden 1962 die Förderbedingungen in drei Punkten noch einmal angepasst. Dies betraf erstens „Das Thema muß sich in irgendeiner Weise auf Berlin beziehen.“ Auch wenn die gegenständlichen Werke mit 81,5 % die abstrakten bei weitem überwiegen, zeigt ein Blick auf die abstrakten Werke, dass zum Teil zwar der Titel, nicht aber die Darstellung einen gegenständlichen Bezug hat. Die Bezeichnungen „Freies Motiv“ bzw. „Freies Thema“, die aus der Juryentscheidung heraus Eingang in die Bestandsbücher fand, weisen auf Fälle hin, in denen die Künstler:innen nicht aufgefordert wurden, ein bestimmtes Motiv zu malen, sondern frei wählen konnten.

Die zweite Anpassung betraf die Bildhauerei, für die – mit Ausnahme von einzelnen Sonderfällen – keine Aufträge mehr vergeben werden sollten. Tatsächlich befinden sich

⁵ Käte Gläser, Bildende Künstler schaffen im Auftrag des Senats, 1961, in: Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins, Beilage in Publikation Anneliese Berkenkamp, up.

heute im Bestand nur 23 Plastiken oder Skulpturen aus der Zeit nach 1962 bis 1969 – hauptsächlich Porträtköpfe Berliner Persönlichkeiten.

Die dritte Einschränkung betraf die Keramik mit Ausnahmen von Vasen und Aschenbechern. Zwischen 1951 und 1962 waren 356 Bodenvasen aus Keramik und 44 Bodenascher angefertigt worden. An ihnen bestand weiterhin Interesse, während Objekte wie die nicht näher bezeichneten 793 „Kunstgewerblichen Gegenstände“ nach 1962 nicht weiter in Auftrag gegeben werden sollten – allgemein und insbesondere aus Keramik.⁶

Weitere Anpassungen betrafen die genauere Kontrolle der Zuständigkeit: Einer Jurysitzung von 1965 ist zu entnehmen, dass die Juror:innen sich einen Nachweis des Berliner Wohnsitzes der Künstler:innen wünschten.⁷

1968 stellte der Arbeitskreis IV des Abgeordnetenhauses fest, dass allgemeine „Mängelerscheinungen des Programms“ daraus resultierten, dass das Künstlernetzstandsprogramm dem allgemeinen Notstandsprogramm für Angestellte untergeordnet war.⁸ Nachdem sich das Förderprogramm etabliert hatte, wurde also seine strukturelle Einbindung in den Verwaltungsapparat hinterfragt.

Anfang 1969 schließlich wurde im Rahmen einer Jurysitzung die Bemessungsgrundlage, aufgrund derer Künstler:innen für eine Förderung infrage kamen von 300,- DM auf 500,- DM und je 100,- DM für die im Haushalt lebenden Angehörigen angehoben.⁹

Umgang mit den geförderten Künstler:innen

Vereinzelt geben vorhandene Unterlagen exemplarische Einblicke in Interaktionen zwischen den für das Förderprogramm Zuständigen und den geförderten Künstler:innen.

Ein besonders prägnanter Fall ist der des Malers Berthold Haag (1912–1981), der Ende der 1950er Jahre das Sozialamt Wilmersdorf auf eine Verdoppelung seines Mietzuschusses verklagt hatte, um die Miete für seine Atelierwohnung zahlen zu können. Der damalige Leiter der Abteilung Kunst der Senatsverwaltung für Volksbildung, Adolf Jannasch, sprach sich für ihn aus, konnte die Wohnungsvergabe jedoch nicht direkt beeinflussen. Der Klage wurde nicht stattgegeben und das Gericht urteilte, er habe noch nicht alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft. Haags Versuch, sich vom Land Berlin Freiraum für seine künstlerische Arbeit zu sichern, schlug also fehl. Er wurde weiterhin, auch durch das Notstandsprogramm, mit Aufträgen bedacht.¹⁰

Auch der Künstler Wilfried Schläger (1907–1990) hatte sich mit einer Bitte um längerfristige Förderung an die Senatsverwaltung gewandt und beklagte wie Haag

⁶ Vermerk bzgl. des Notstandsprogramms für Bildende Künstler von S II 3521 Pedersen (Referat Wirtschaft) an Referat S I (Referat Volksbildung), vom 17.7.1962, in: Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins, Ordner Bildende Künstler, Werkverträge etc., A-L, 1960-62.

⁷ Protokoll einer Jurysitzung vom November 1965, in: B Rep.014, Nr. 2651, Notstandsprogramm für Bildende Künstler, 1960-1968.

⁸ Protokoll der Sitzung des Arbeitskreises IV des Abgeordnetenhauses am 29.2.1968, Tagesordnungspunkt 3, in: Landesarchiv Berlin, B Rep. 014, Nr. 2651, Notstandsprogramm für Bildende Künstler, 1960-1968.

⁹ Protokoll einer Jurysitzung vom November 1965, in: Landesarchiv Berlin, B Rep. 014, Nr. 2651, Notstandsprogramm für Bildende Künstler, 1960-1968.

¹⁰ Vorgang Berthold Haag, in: Landesarchiv Berlin, B Rep. 014, Nr. 1425.

seine Wohn- und Arbeitssituation: Seine Räume seien dunkel, sein Grundstück in Ost-Berlin habe er seit 1951 nicht mehr betreten können. Eine längerfristige Förderung war anscheinend an die Erledigung bestimmter Aufträge gebunden. So wurde er schließlich damit beauftragt, Porträts des damaligen Senators für Wirtschaft, Karl Schiller, anzufertigen, die heute nicht mehr im Bestand erhalten sind.

Der von Haag und Schläger dargestellten schwierigen Wohnungssituation widerspricht zumindest die Erzählung des ebenfalls geförderten Künstlers Peter Weitzner (1936–). In einem persönlichen Gespräch erzählte er 2025, 1962 habe infolge des Mauerbaus und der Kubakrise eine merkbare Abwanderung aus West-Berlin stattgefunden und viele Wohnungen in unmittelbarer Nähe der HfBK standen frei.

In einem weiteren Fall schrieb der Künstler Horst Drechsel (1937–?) der Senatsverwaltung für Wirtschaft, er könne die bei ihm beauftragten Radierungen nicht fristgerecht abgeben. Die Verwaltung gab seiner Bitte um Aufschub nach und verwies auf zukünftige Pünktlichkeit. Drechsel fand auch in zukünftigen Förderrunden Berücksichtigung.¹¹

Über diese Beispiele für konkrete Interaktionen zwischen Förderung und Künstler:innen hinaus enthält der Artikel „Zwischen Geniestreich und Gruselkeller“ von 1961 mehrere Aussagen von Künstler:innen über die Förderung: Sie seien „nicht geschäftstüchtig“, lassen einige verlauten; der Künstler Christian Roeckenschuss (1929–2011) gibt darüber hinaus an, seiner Ansicht nach müsse ein Staat Kunst auf die gleiche Weise subventionieren wie Butter.¹²

Umgang mit dem Verbleib der Werke

Aus der 1962 angelegten Bestandsaufnahme geht hervor, dass als Lager für die Werke der „Kunstkeller im Hause des Senators für Wirtschaft und Kredit, Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str, 61-66“ genutzt wurde. Über die Beschaffenheit des „Kunstkellers“ und seine Eignung als Lagerungsort für Kunst gibt der o.g. Artikel von 1961, in der er als „Gruselkeller“ und als Lagerort für all jene Kunstwerke beschrieben wurde, die nicht vermittelbar waren.

Es deutet sich hier bereits an, dass der Betreuungsaufwand mit dem ständig wachsenden Bestand an Kunstwerken stieg – eher ein Nebeneffekt als von der Förderung intendiert. Das Studierendenmagazin Colloquium schreibt dementsprechend 1964, die „Behörden sollten die Kunstwerke nicht einfach als Quittung für verausgabte Gelder betrachten“. Der oben genannte Kunstkeller wird hier als „Bildergrab“ beschrieben, die Künstler:innen als „Senatsmaler“ – wobei betont wird, es handele sich nicht um eine Abwertung, zumal ungefähr die Hälfte der Berliner Künstler:innen durch das Programm unterstützt würden. Der Artikel regt einen „Kunstbasar“ an und äußert sich hoffnungsvoll über geplante Verkaufsausstellungen.¹³

¹¹ Vorgänge Wilhelm Schläger und Horst Drechsel, in: Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins, Ordner: 1963-64 Bildende Kunst.

¹² Römstedt, Ruth: Geniestreich und Gruselkeller, in: Illustrierte Berliner Zeitschrift (IBZ), Nr. 9, 1961, S. 4–9. Hier S. 4, in: Archiv der Akademie der Künste Berlin, BBK-Archiv-Berlin 1316.

¹³ Artikel Nothilfe – Nöte, in: Colloquium. Eine deutsche Studentenzeitschrift, Jg. 1964, H. 2, S. 3

Ausstellungstätigkeiten

Den Autor:innen waren die Ausstellungstätigkeiten des Notstandsprogramms möglicherweise unbekannt. Denn die frühen 1960er Jahre können neben den 1990er und den frühen 2000er Jahren vielleicht als das Jahrzehnt gelten, in dem das Notstandsprogramm am deutlichsten eine öffentliche Präsenz durch Ausstellungen hatte. Neben dem 10-jährigen Jubiläum 1960 trat das Notstandsprogramm für Bildende Künstler vor allem durch die Unterstützung des „Symposiums europäischer Bildhauer“ 1962 hervor und durch einen eigenen Ausstellungsraum, die „Galerie in den Hilton-Kolonnaden“, den es seit Ende der 1950er Jahre betrieb.

Das Förderprogramm schloss zudem sogenannte „Bezirksverträge“ mit den Bezirken ab, die die Errichtung von Kunst im öffentlichen Raum regelten.¹⁴

Zahlen zum Förderzeitraum 1960–1969

Von 1960 bis 1969 wurden 11.504 Werke gefördert, von denen sich heute noch 4.468 (38,8 %) im Depot der Sozialen Künstlerförderung befinden.

Davon sind 3.962 Werke Papierarbeiten (84 %), gefolgt von 428 Gemälden (9,6 %), 42 Fotografien (0,9 %) und 36 Objekten (0,8 %).

Die bei der Erfassung am häufigsten vergebenen Schlagworte sind „Gegenständlichkeit“ (81,5 %), „Natur“ (33,94 %), „Landschaft“ (32,7 %), „Historisches Bauwerk“ (28,6 %) und „Mobilität“ (25,2 %).

Von den neu erfassten Werken sind aktuell 52,5 % motivisch klar einem West-Berliner Bezirk zuzuordnen – am häufigsten den Bezirken Tiergarten und Charlottenburg mit je etwas über 10 %.

Der deutlich überwiegende Teil der gegenständlichen Darstellungen zeigt, dass die Förderkriterien, nach denen besonders nach 1962 Wert auf diese gelegt werden sollte, zwar umgesetzt wurde, Ausnahmen aber möglich waren.

Aktuell sind 496 Künstler:innen über die Datenbank erfasst, die zwischen 1960 und 1969 erstmals über das Notstandsprogramm gefördert wurden. Von den 407 Künstler:innen, deren Werke aus den 1960er Jahren im Bestand erhalten sind, stehen 127 Künstlerinnen 280 Künstlern gegenüber, das entspricht einem Künstlerinnenanteil von 31 %.

Gefördert wurden in den 1960er Jahren z. B. Ulrich Baehr, Georg Baselitz, Carl Bianga, Rosemarie Blank, Benigna Chilla, Klaus Dubois, Christa Eichler, Markus Lüpertz, Marwan, Ursula Sax, Albert Schindehütte, Eugen Schönebeck, Hans Stein und viele weitere.

¹⁴ Vgl. Vermögensbücher des Förderprogramms, in: Archiv der Sozialen Künstlerförderung Berlins.

1970 bis 1979

Von „Künstlerhilfe“ zur „Sozialen Künstlerförderung“

In den 1970er Jahren wechselte die Verantwortlichkeit für das Förderprogramm: Die zuvor dem Senator für Wirtschaft zugeordnete „Künstlerhilfe“ wurde ab dem 01.01.1972 dem Senator für Arbeit und Soziales unterstellt und in diesem Zeitraum umbenannt von „Notstandsprogramm für Bildende Künstler“ in „Soziale Künstlerförderung“. Eine darüberhinausgehende strukturelle Veränderung der Künstlerförderung war damit seitens der Politik allerdings nicht beabsichtigt. Leiter der Künstlerförderung war ab 1976 Erwin Schiller.

Auch an der bisherigen Praxis der Jurysitzungen wurde weiterhin festgehalten. Die Besetzung des Auswahlgremiums ist für die 1970er Jahre bisher ausschließlich für eine Sitzung aus einer handgeschriebenen Anwesenheitsliste bekannt.

Umgang mit den Künstler:innen

Der Umgang mit den Künstler:innen scheint sich nicht wesentlich von dem in den vorangegangenen Jahrzehnten zu unterscheiden, die Unterlagen geben aber einige bisher unbekannt Details zum Ablauf des Bewerbungsprozesses. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst hatte etwa 1,5 Wochen vor der jeweiligen Sitzung an zuvor ausgewählte Künstler:innen die Aufforderung versandt, am Sitzungstag beim Senator für Arbeit und Soziales „eine ausreichende Auswahl Ihrer Original-Arbeiten (keine Dias) einzureichen.“¹⁵ Die Werke sollten direkt beim Sitzungssaal abgeliefert und noch am selben Tag dort wieder abgeholt werden. Die Listen waren unterteilt in Künstler:innen, die bereits eine Förderung erhielten und „neuen“ Künstler:innen.

Erhielten sie eine Zusage, wurde ein Vertrag über ihre Beschäftigung im „ABM-Programmteil ‚Bildende Kunst‘“ abgeschlossen. Dass das Programm nicht mehr als „Notstand“, sondern als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ bezeichnet wurde, kann durchaus als eine Umbewertung des gesellschaftlichen und politischen Verständnisses von Arbeitslosigkeit gelten. Mit dem Werkvertrag wurden die Künstler:innen schriftlich auch darauf hingewiesen, die vom Senat für Arbeit und Soziales vergebene Inventarnummer und ihren Namen auf dem Werk zu vermerken.

Die erhaltenen Zahlungslisten und Verträge belegen, dass die Künstler:innen Aufträge mit einer Laufzeit zwischen zwei bis vier Monaten erhielten. Im Jahr 1974 wurde die Fördersumme in monatlichen Raten zu je 600 DM oder in zweiwöchentlichen Raten zu je 300 DM gezahlt. Die letzte Rate wurde erst nach Erledigung des Auftrags zum Monatsende angewiesen. Bei verspäteter Ablieferung gab es eine Nachzahlung und bei Nichtablieferung entfiel die letzte Rate. In besonderen Notlagen der Künstler:innen und Einzelfällen waren auch Ausnahmen vom vereinbarten Ablauf möglich – z. B. vorgezogene „Einsätze“ und nachträgliche Änderungen von Aufträgen.

Aktion Kunst im Krankenhaus

Eine größere „Verleih-Aktion“ startete gegen Ende der 1970er Jahre: Mehr als 400 Werke – in manchen Dokumenten ist sogar von 2.000 bis 4.000 die Rede – aus dem Bestand

¹⁵ Brief an Künstler vor einer Liste für die Jurysitzung des Künstlerförderungsprogramms am 30.1.1974, im Auftrag Bloeck, Archiv SASK, Ordner „Wiss. und Kunst – Verträge vom 1.1.74-31.12.74 + 1.1.75-28.2.75“.

der Sozialen Künstlerförderung sollen im Rahmen der Initiative „Kunst im Krankenhaus“ an das Klinikum Steglitz (heute Campus Benjamin Franklin) verliehen worden sein.

Die Abteilung wissenschaftliche Grafik war 1974 durch eine gemeinsame Kommission des Klinikums Steglitz beauftragt worden, an der Klinik einen Kunstbeirat zu gründen – mit den Aufgaben, ständige Kunstaussstellungen im Klinikum und weitere kulturelle Veranstaltungen durchzuführen, sowie eine Artothek für Patient:innen und Beschäftigte aufzubauen.

Eine groß angelegte Inventarisierung in den späten 1980er Jahren konnte nur feststellen, dass ein Großteil der geliehenen Werke nicht mehr aufzufinden war. Viele dieser Arbeiten gelten bis heute als vermisst.

Zahlen zum Förderzeitraum 1970–1979

Von 1970 bis 1979 wurden 4.807 Werke gefördert, von denen sich heute noch 2.590 (53,9 %) im Depot der Sozialen Künstlerförderung befinden.

Davon sind 2.184 Werke Papierarbeiten (84 %), gefolgt von 346 Gemälden (13 %) und 77 Objekten (3 %). Fotografien befinden sich nicht im Bestand – anders als in den 1960er Jahren und den späteren Jahrzehnten.

Die bei der Erfassung häufigsten vergebenen Schlagworte sind für die Werke – hier zurzeit nur Werke aus den Bereichen Gemälde und Objekt – aus den 1970er Jahren „Gegenständlichkeit“ (80 %), „Mensch“ (33 %), „Abstraktion“ (20 %), sowie „Historisches Bauwerk“ und „Natur“ mit jeweils 17 %.

Von den neu erfassten Werken sind aktuell nur 263 (22 %) motivisch klar einem West-Berliner Bezirk zuzuordnen – am häufigsten den Bezirken Charlottenburg (4,2 %) und Tiergarten (3,9 %). Der Bezirk Tempelhof konnte hingegen nur einmal und somit am seltensten zugeordnet werden.

Zu sehen ist, dass in den 1970er Jahren Motive und Gestaltung freier gewählt werden konnten. Der Berlin-Bezug ist zwar immer noch erkennbar, doch die Umsetzung dessen wird zunehmend freier und individueller. Teils ist er nur durch den Titel zu erschließen. Der hohe Anteil der Gegenständlichkeit zeigt eine Fortsetzung der in den 1960er Jahren etablierten Förderkriterien mit höherem Wert auf gegenständliche Darstellungen, aber auch, dass weiterhin Ausnahmen möglich waren.

Aktuell sind 214 Künstler:innen über die Datenbank erfasst, die zwischen 1970 und 1979 erstmals über das Notstandsprogramm gefördert wurden. Durchschnittlich wurden von 1970 bis 1979 jährlich rund 62 Künstler:innen gefördert. Von den 304 Künstler:innen, deren Werke aus den 1970er Jahren im Bestand erhalten sind, stehen 125 Künstlerinnen 179 Künstlern gegenüber, das entspricht einem Künstlerinnenanteil von 41 %. Es ist davon auszugehen, dass der Anteil der Werke von Künstlerinnen im Bestand der Sozialen Künstlerförderung deutlich höher ist als in den meisten Museumssammlungen.

Gefördert wurden in den 1970er Jahren z. B. Frank Badur, Gisela Breitling, Jeane Flieser, Rainer Kriester, Evelyn Kuwertz, Susanne Mahlmeister, Katharina Meldner, Werner Mühlbrecht, Klaus Müller-Klug, Wolfgang Petrick, Barbara Quandt, Karin Pott, Martin Riches, Christian Röckenschuss, Sarah Schumann, Monika Sieveking, Heinz Spilker, Helmut Verch, Wolf Vostell und viele weitere.

Zusammensetzung des Auswahlgremiums 1951–1979

Die Jury setzte sich aus Vertreter:innen des Amts für Volksbildung zusammen, ebenso wie aus Künstler:innen als Gesandte der Berufsverbände und Hochschulen (des Vereins Bildender Künstler, des Berufsverbands Bildende Künstler sowie je einer Vertretung für die freien Bildhauer, die freien Kunsthandwerker und die freien Kunstschriftsteller).

Die Zusammensetzung des Gremiums war grundsätzlich variabel, blieb aber über jeweils einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren zumeist recht konstant, betrachtet man die fünf Jahrzehnte des Bestehens der Förderung. Grundsätzlich bestand das Gremium zum einen aus Künstler:innen, zum anderen wurde das Gremium durch Kunsthistoriker:innen oder Leitungen von Kunstinstitutionen besetzt. Den dritten Teil des Gremiums bildeten Mitarbeitende der Senatsverwaltung.

In den 1970er Jahren unterschied sich die Zusammensetzung zumindest im nachweisbaren Zeitraum (1974) von der der vorangegangenen Jahrzehnte. Zunächst waren lediglich zwei der Jurymitglieder selbst bildende Künstler, stattdessen wurden zwei Architekten mit in die Jury geholt. Der Großteil der Jury setzte sich aus zukünftigen Leihnehmer:innen der in Auftrag gegebenen Werke zusammen, sei es aus den Bezirksämtern, der Senatsverwaltung oder auch aus einer öffentlichen Einrichtung wie dem Klinikum Steglitz. Einige der Mitglieder sind bereits Jahre zuvor als Jurymitglieder tätig und/oder setzen diesen Dienst auch in den 1980er Jahren fort. 1974 fällt zudem auf, dass die Jury neben der Einbeziehung zweier Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung rein männlich besetzt ist.

Die nachfolgende Auflistung gibt den aktuellen Erkenntnisstand wieder und wird im Zuge der historischen Aufarbeitung gegebenenfalls um weitere Namen ergänzt.

- Fritz Böger, Architekt, in der Jury: 1974
- Ernst Böhm (1890–1963), Kunsthandwerker, Prof. und Dekan der Abteilung Angewandte Kunst der HfBK, in der Jury: 1951–1955
- Felix Dargel, Kunstschriftsteller, Kunstkritiker, in der Jury: 1951–1955
- Herbert Dreyer (1901–nach 1970), Kunsthistoriker und Kunsthändler, in der Jury: 1961–1964
- Otto Eglau (1917–1988), Maler und Grafiker, Prof. für Radierung an der Sommerakademie in Salzburg, in der Jury: 1966
- Heinz Fuchs (1886–1961), Vertreter des BBK, Maler und Grafiker, in der Jury: 1951–1961
- Geißler, Senatsverwaltung für Wirtschaft, 1968
- Karl-Heinz Giebel, Vertreter des VBK, in der Jury: 1951–1955
- Käte Gläser, Kunsthistorikerin im Amt für Bildende Kunst des Senators für Volksbildung, in der Jury: 1951–1960

- Gerhard Grebe, Senatsverwaltung für Wirtschaft, betreute bis 1960 das Notstandsprogramm für bildende Künstler, 1960, 1968, 1974
- Karl August Herbert Hebecker (1911–1992), Architekt, 1974
- Hannah Höch (1889–1978), Künstlerin, in der Jury: 1957–1964
- Peter Hopf (1937–2004), Bühnenbildner und Leiter des Kunstamts Wedding, 1974, 1982, 1985, 1988
- Hanna Hofmann (1899–1996 Berlin), Museumsdirektorin, Geschäftsführerin des Deutschen Werksbundes Berlin, in der Jury: 1961–1964
- Charlotte Jaeckel (1883–1971), Lehrerin für angewandte Werktechniken und Weben, in der Jury: 1956–1961
- Hans Jaenisch (1907–1989), Maler, in der Jury: 1956, 1958–1969, 1974, 1982, 1985/86, 1988
- Adolf Jannasch (1898–1984), Kunsthistoriker, Leiter des Amts für Bildende Kunst beim Magistrat von Berlin, später im Senat von West-Berlin, war wesentlich an der Konzeption und Durchführung des Programms beteiligt, in der Jury: 1951–1955, 1965–1968, 1974
- Thomas Kempas, Kunstamt Zehlendorf, Leiter des Hauses am Waldsee, 1968
- Carl-Heinz Kliemann (1924–2016), Professor für Malerei und Grafik an der TH Karlsruhe, in der Jury: 1965
- Johannes Niemeyer (1889–1980), Vertreter des VBK, Maler und Architekt, in der Jury: 1951–1955
- Joseph H. Lonas (1925–2011), amerikanischer Maler und Bildhauer, 1968, 1969, 1982, 1985, 1988, 1993
- Pedersen (Vorname unbekannt), Senatsverwaltung für Wirtschaft, betreute ab 1960 das Notstandsprogramm für Bildende Künstler, in der Jury: 1960–1961
- Rudolf Pfefferkorn, Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst, in der Jury: 1968, 1974
- Eberhard Roters (1929–1994), Gründungsdirektor der Berlinischen Galerie, in der Jury: 1966–1969, 1974, 1985, 1986
- Gerhard Schreiter (1909–1974), Bildhauer, in der Jury: 1956/57, 1959–1963
- Gory von Stryk (1907–1975), Künstler, in der Jury: 1950er Jahre
- Dieter Schulz, k. A., in der Jury: 1965–1967, 1969, 1974
- Rolf Szymanski, Bildhauer und Grafiker, in der Jury: 1965–1967, 1997, 1998, 1999, 2000, 2001
- Elise Tilse (1910–2005), Leiterin des Kunstamts Kreuzberg, 1968



- U. Trost (Vorname unbekannt), Abteilung für wissenschaftliche Grafik des Klinikum Steglitz, 1974
- Hans Uhlmann (1900–1975), Bildhauer, in der Jury: 1951–1955
- Walter Wellenstein (1898–1970), Vertreter des BBK, Maler und Grafiker, in der Jury: 1951–1955
- Hans Georg Zeller, Leiter des Kunstamts Schöneberg, 1968, 1974

